

Ideenwettbewerb – Milizsystem 2030

"Qualität und Quantität im Verbund"

Wie kann man die Milizarbeit im Bereich Gemeinderatskandidatur beliebt machen?

Grundsatz

Jedes Modell hat seine Vor- bzw. Nachteile. Verschiedene Exponenten verteidigen vehement das Altbewährte - können aber gleichzeitig keine zukunftsorientierten Lösungen präsentieren.

Ein zukünftiges neues Milizsystem darf im Grundsatz nicht einer Personenabhängigkeit unterliegen. Die Gefahr besteht darin, dass nach jeder GR-Wahl (alle 4-Jahre) und mögliche Wechsel im Gemeinderat, das aktuelle System wieder hinterfragt wird.

CEO-Modell mit Pensenanpassungen im Gemeinderat wird wohl immer auf Widerstand stossen. Einmal ist es optimal, ein andermal passt es eher weniger und die Nomination von Kandidaten gestaltet sich schwierig. Daher sollte die Verwaltung (operativer Bereich) so oder so gut aufgestellt sein. Wechsel in diesem Bereich können durch Neuanstellungen kompensiert werden.

Gedanken zur Idee:

Noch vor einiger Zeit konnte man sich nicht vorstellen, dass der Pfarrer, dann der Lehrer und zuletzt auch immer öfter der Gemeindeschreiber nicht mehr in der Arbeitsgemeinde wohnen. Einige Berufe verlangen sehr viel Öffentlichkeitsarbeit und die Privat- bzw. Familiensphäre leidet darunter. Eine Erholung in den eigenen vier Wänden wird schwierig.

Politiker haben heutzutage nicht mehr das Ansehen wie früher - genau wie die obenerwähnten Berufe. Viele Bereiche wurden zentralisiert bzw. die Aufgaben von anderen Gremien/Behörden übernommen (wie z. B. KESB). Die Verantwortlichkeiten wurden ausgelagert oder werden vermehrt ausgelagert werden. Spezialisten sind gefragt. Daher kann die Öffentlichkeit nicht mehr erwarten, dass man sich bedingungslos 24-Std. für eine Miliztätigkeit aufopfert. Nicht wegen dem Interesse – nein viel mehr und aufgrund der sich ständig im Veränderungsmodus befindlichen Gesellschaft. Fehler werden nicht verziehen und ruinieren den Ruf. Die Folge: Das Vertrauen ist weg. Ein Wechsel des ganzen Umfelds sowie Negativeinflüsse im Privatbereich (Familie/Kollegenkreise) sind das Resultat.

Aktuelle Auffassung der Bevölkerung: Politische Ämter sind doch Ehrenämter! Nicht jede Stunde ist zu entschädigen und ein Grossteil wird als Hobby bezeichnet. Diesbezüglich wird wohl ein Umdenken stattfinden müssen. Doch wer kann sich das noch leisten? Warum sind immer öfters Hausfrauen - dies nicht wertend zu verstehen oder gutbezahlte Unternehmer mit Stellvertretungsmöglichkeiten - in kommunalen Ämtern anzutreffen? Sind diese Leute wirklich immer am Puls des Gemeindegeschehens? Oder sucht man einfach eine neue Herausforderung, ein Nebenverdienst oder sogar aus Selbstverwirklichung und Befriedigung des Egos ein politisches Amt?

Idee:

Das GR-Mandat sollte nicht mehr prioritär an den Wohnsitz gekoppelt sein. Der Wohnsitz ist in Zukunft eher sekundär. Die Verwaltungsratsmandate in der

Privatwirtschaft machen es vor. Ausnahmen: Doppelmandate (der Einsitz in verschiedenen Gemeinderäte sind nicht erlaubt). **Weiter sind eher kleinere GR-Pensen (also eher strategische Arbeit) anzustreben und im Gegenzug projektbezogene Arbeiten/Projekte (operativer Teil des GR-Einsatz) im Std-Lohn abzurechnen.** Die Verwaltung soll den operativen Lead übernehmen und der GR (wie der VR) strategisch tätig sein.

Oft sind GR-Kandidaten mit Eigeninteresse in der Wohngemeinde unterwegs oder mit einem "Etablissement-Filz" behaftet, welcher im Amt nicht abgelegt werden will/kann/soll. Externe Kandidaten sind davon weniger betroffen, da diese mehrheitlich nicht voreingenommen sind. Diese wirkt sich positiv auf die Arbeit in der Exekutive aus. Neid oder Missgunst rücken ins zweite Glied. Gleiches gilt auch bei der Rekrutierung von Kommissionsmitgliedern.

Wer schafft den Sprung in den Rat? Prioritär sind die Kandidaten aus der eigenen Gemeinde (bei genügend Stimmen) gewählt.

An 2. Stelle rücken auswärtige Kandidaten nach (sie müssen natürlich die nötige Anzahl Stimmen erhalten - ansonsten ist ein 2. Wahlgang nötig).

Die bekannten Hindernisse in Bezug der Unvereinbarkeit (wie. z. B. Verwandtschaftsgrad usw. gemäss gültiger Gemeindeordnung) sollen auch weiterhin gelten.

So erhalten Heimwehpolitiker oder Spezialisten mit politischem Interesse eine Chance, in ihrer Wahl- und nicht unbedingt in ihrer Wohnsitzgemeinde den Sprung in die Regierung zu schaffen. Auch diese mussten sich evtl. aus beruflichen Gründen von ihrem geliebten Wohnsitz einmal verabschieden – sind aber innerlich immer noch damit verbunden. Einzig die Kantonszugehörigkeit muss weiterhin bestehen (gesetzliche Unterschiede bzw. föderalistische Gedanken, welche bekanntlich einigen Interessen bzw. Schranken aufweisen).

Mit dieser Idee kann das Milizsystem modernisiert und attraktiver gemacht werden.

Wie schon eingangs erwähnt: Es gibt kein Modell, welches zu jeder Zeit das richtige ist. Grundsätzlich muss jeder Kandidat Freude an der Ratsarbeit mitbringen, ein Team-Player sein und sich den Herausforderungen stellen.

Wer konnte sich schon früher vorstellen, dass einige Berufsträger – wie oben erwähnt – auch nicht mehr am Arbeitsort wohnen! Ziel ist es, dass fähige, spezialisierte und motivierte Kandidaten gefunden werden können. Bzgl. Fähigkeiten entscheidet ja letztlich immer noch der Wähler.

Fazit: Ohne zukünftige Anpassungen spricht man nicht mehr von Milizarbeit und hat zukünftig eventuell ein Berufsmodell einzuführen. Die Qualität und die Quantität der Kandidaten geht verloren.